

Sozial gerechte und ökologische Klimapolitik

In Deutschland steht die Klima- und Umweltpolitik mittlerweile ganz oben auf der Tagesordnung. Zehntausende Schülerinnen und Schüler streiken jeden Freitag für eine Kehrtwende in der Klimapolitik. Leider ist jetzt schon klar, dass Deutschland die Ziele des Pariser Abkommens nicht einhalten wird. Kohlekraftwerke dürfen länger am Netz bleiben, als wie von Fridays für Future gefordert. Der CO2 Ausstoß steigt weiter massiv an. Verkehrspolitik zum Wohle der Umwelt findet praktisch nicht statt. Auch sozialpolitisch machen wir weiter wie bisher. Länder, die wichtige Rohstoffe besitzen, werden bis aufs Blut für unseren Wohlstand ausgebeutet. Kinder müssen unter unvorstellbaren Bedingungen die Rohstoffe mit bloßen Händen aus der Erde graben, wie man es im Kongo sehen kann. In der Landwirtschaft ziehen große Konzerne die Fäden und kleine Bauernhöfe müssen dicht machen. Massentierhaltung ist Standard in der Viehzucht. Gülle verseucht unser Trinkwasser und Plastik unsere Meere. Für die Bundesregierung gilt aber leider weiter das Motto: Zuerst die Wirtschaft, dann vielleicht die Menschen.

DIE LINKE WK steht für eine linke Klima- und Umweltpolitik, die ökologisch und sozial gerecht ist und fordert:

1. Beschleunigte Energiewende.

Das bedeutet einen Kohleausstieg bis 2030, Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne und soziale Stromtarife. Außerdem fordern wir den Ausbau von kommunalen Bürgernetzen, die nicht nur dem Profit dienen. Regenerative Energien wie Wind- und Wasserkraft müssen die Zukunft sein.

2. Eine sozialökologische Verkehrswende.

Dazu gehört eine Bahnreform die das Bahnfahren günstiger, ökologischer und pünktlicher macht. Der Flugverkehr muss deutlich höher besteuert werden. Öffentlicher Nahverkehr muss kostenfrei sein. Alternative Verkehrsmittel wie der Radverkehr müssen gefördert werden. Linienbusse sollten wenn möglich auf Wasserstoff und nicht auf E-Kraft umgerüstet werden.

3. Gute Nahrungsmittel für alle.

Großkonzerne, die mit ihrer Marktmacht Kleinbauen zu Grunde richten, müssen gesetzlich ausgebremst werden. Ökologische und regionale Landwirtschaft sollte gefördert werden. Massentierhaltung muss verboten werden, was auch den CO2 Ausstoß massiv verringern würde. Lange Transportwege für Lebensmitten müssen vermieden werden. Auch die Ausbringung von Gülle ist zum Schutz des Trinkwassers weiter einzuschränken.

4. Raubbau von natürlichen Ressourcen verhindern

Sofortiger Importverbot von "schmutzigen" Rohstoffen, die unter der Ausbeutung von Menschen in anderen Ländern abgebaut wurden. Klare gesetzliche Vorgaben im Sinne des Menschenrechts und der Nachhaltigkeit für deutsche Unternehmen, die Rohstoffe für die Produktion aus dem Ausland beziehen. Außerdem fordern wir eine Entwicklungshilfe, die den Menschen zu Gute kommt und nicht nur deutschen Unternehmen zum Ausbau des eigenen Geschäftsbetriebs in anderen Ländern dient.

5. Recycelkreislauf ausbauen

Wir fordern einen sofortigen Exportstopp für Plastikmüll. Was Deutschland nicht exportiert, können andere nicht in die Meere kippen. Auch fordern wir einen nationalen Recycelkreislauf, in dem nahezu 100% Kunststoff und Plastik wiederverwertet wird. Eine thermische Verwertung muss auf ein Minimum eingeschränkt werde, da bei einer Verbrennung hochgiftige Stoffe anfallen, die aktuell in alten Salzstollen "Endgelagert" werden. Auch eine Quote für kunststoffverarbeitende Unternehmen kann hilfreich sein, um recycelte Kunststoffe und deren neuerliche Nutzung zu fördern.